



„Man wollte vieles nicht genau wissen“

Problembanken. Fimbag-Aufsichtsratsvizechef Hannes Androsch vermutet Vertuschungsversuche bei der Aufarbeitung der heimischen Bankenskandale.

[WIEN/JU] Heftige Kritik an der Aufarbeitung der heimischen Bankenskandale übt der SP-nahe Industrielle Hannes Androsch: Er hege den Verdacht, der Chefermittler im Fall der notverstaatlichten Kärntner Hypo Alpe Adria sei von den Ermittlungen abgezogen worden, weil man etwa die Hintergründe der seinerzeitigen Liechtensteingeldflüsse „gar nicht so genau wissen“ wollte, sagte Androsch am Mittwoch im Wiener Klub der Wirtschaftspublizisten.

Der Hintergrund: Am Dienstag war der frühere Bawag-Chefankläger Georg Krakow als „Kordinator“ mit der Aufarbeitung des Falls Hypo betraut worden. Für Androsch ein Indiz, dass man daran nicht wirklich interessiert sei.

Das Muster habe sich schon im Bawag-Prozess gezeigt, in dem man ganz offenkundig einige Fragen offengelassen habe. Zum Beispiel jene, wozu die Gewerkschaftsbank eine so große Anzahl an Stiftungen in Liechtenstein besessen habe. Ob man das aus be-

stimmten Gründen gar nicht wissen wollte? „Fragen Sie mich nicht“, so Androsch.

Bei der Sanierung der notverstaatlichten Problembanken habe man viel zu viel wertvolle Zeit verloren, meinte Androsch, der stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der staatlichen „Banken-ÖIAG“ Fimbag ist. Wie berichtet, hatte die Fimbag schon 2009 in einem Brief an den damaligen Finanzminister unter anderem auf die Probleme der Volksbanken AG hingewiesen und eine rasche Lösung des Problems angeregt. Die Reaktion des Ministeriums damals: null.

Dabei drohe den heimischen Steuerzahlern von den Problembanken Hypo Alpe Adria, Volksbanken AG und Kommunalkredit noch „mehr, als uns lieb ist“. Die Rettung der ÖVAG nannte der stellvertretende Fimbag-Aufsichtsratschef eine „halbe Lösung“, bei der Klientelpolitik betrieben worden sei. Probleme habe im Übrigen nicht nur das Spitzeninstitut

ÖVAG, sondern, „so, wie es aussieht“, der ganze Sektor.

Unzufrieden ist Androsch auch mit der Entwicklung der österreichischen Spielart des Föderalismus. Der Fiskalpakt zwischen Bund und Ländern sei „mehr als zahnlos“, die im Finanzausgleich zu üppig bedachten Länder seien schlichte „Geldvernichtungseinrichtungen“ geworden. Die Regierung sei „Befehlsempfänger der Landeshauptleutekonferenz“.